

Prof. Dr. Gesine Schwan

31. 10. 2019

Anhörung im Innenausschuss des Deutschen Bundestages am 4. November 2019

Schriftliche Stellungnahme zu den Anträgen der Fraktionen „Die Linke“ und „Bündnis 90 /Die Grünen“:

Die beiden Anträge der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen unterstütze ich nachdrücklich.

Begründung:

Seit dem Herbst 2015 hat die EU keine gemeinsame Lösung für die Aufnahme von Geflüchteten und Asylsuchenden gefunden. Der Tod tausender Geflüchteter ist eine humanitäre Katastrophe und steht den Werten der EU ebenso wie den rechtlichen Vereinbarungen zum Schutz von Geflüchteten und Asylsuchenden diametral entgegen.

Die Unfähigkeit zur Lösung schädigt den moralischen Zusammenhalt und das Ansehen der EU schwer. Sie wird langfristig auch die Demokratie in Europa unterminieren. Erkennbar wird dies bereits seit langem in der Stärkung rechtsextremer Parteien überall in der EU, die ihre Unterstützung vor allem aus der ungelösten Flüchtlingsfrage gewinnen. Der Mangel an Solidarität mit den Hauptankunftsländern der Geflüchteten vor allem in Süd- und Südosteuropa hat in Italien dazu geführt, dass dort bereits für einige Zeit rechtsradikale politische Kräfte die Regierungsmacht übernommen haben. Die italienische Demokratie ist nach wie vor akut gefährdet.

Das Dublin-Abkommen, das bisher die Aufnahme von Geflüchteten rechtlich regelt, ist selbst nach Ansicht des Bundesinnenministers „gescheitert“ (FAZ, 30. Okt. 2019, S. 4). Minister Seehofer hat die Bedeutung einer Lösung für die EU unterstrichen. Laut FAZ (ebd.) fordert er, dass an die Stelle der „Kontinuität im Irrtum“ eine „neue Philosophie“ treten müsse. Der Minister geht auch davon aus, dass die Aufnahme freiwillig erfolgen sollte (ebd.).

Dazu gibt es seit Jahren Vorschläge, die die Aufnahme von Geflüchteten zu einer Win/Win Situation machen würden, sowohl für diese selbst als auch für die aufnehmenden europäischen Gemeinden. Sie würden auch die häufige Quelle des Ressentiments, nämlich die als Ungerechtigkeit für einheimische

Bedürftige empfundene „einseitige“ Unterstützung von Geflüchteten, zum Versiegen bringen.

Im Kern fordern sie die Einrichtung eines europäischen „Kommunalen Integrations- und Entwicklungsfonds“, bei dem sich Gemeinden direkt bewerben können, die sich bereit erklären, Flüchtlinge aufzunehmen. Von diesem Fonds sollten sie die Finanzierung der Integrationskosten erstattet bekommen und in derselben Höhe Kosten ihrer eigenen Weiterentwicklung (Infrastruktur, Bildung, Wohnen etc.).

Die freiwillige Aufnahme sollte in den Kommunen von einer beratenden Multi-Stakeholder Partizipation (Politik, Unternehmen, organisierte Zivilgesellschaft) vorbereitet werden, um sie in der kommunalen Gesellschaft breiter abzustützen und zu verankern. So können am besten alle Potenziale für eine gelingende Integration der Geflüchteten und der kommunalen Gesellschaft insgesamt mobilisiert werden.

Damit würde zugleich ein wertvoller Beitrag zu einer Weiterentwicklung der Demokratie geleistet, der mit der repräsentativen Demokratie vereinbar ist und diese vor Ort, wo dies besonders nötig und wirksam ist, vertieft. Alle Erfahrungen der letzten Jahre mit antidemokratischen Tendenzen deuten darauf hin, dass Unmut über unzureichende Selbstwirksamkeit dafür eine entscheidende Quelle ist. Mehr kommunale Partizipation an der Entwicklung der eigenen Lebenswelt könnte dem entgegenwirken.

Schließlich würde das Verhetzungspotenzial, das nationale Regierungen bei der Aufnahme von Geflüchteten befürchten, seinen Grund verlieren, weil die Bürgerinnen und Bürger darüber freiwillig und in ihrem eigenen Interesse entscheiden könnten. Die eigenständige kommunale Aufnahmeentscheidung würde also die nationalen Regierungen und Parteien entlasten.

Es gibt auch Vorschläge für europäische Asylverfahren, die die Sicherung der europäischen Außengrenze erleichtern würden, weil sie den Flüchtenden gangbare Wege öffnen. Sie müssten einhergehen mit europäischen Einwanderungsregelungen. Schließlich gibt es Möglichkeiten, Matching – Systeme zwischen den Präferenzen der Gemeinden und denen der Geflüchteten einzurichten, um die Akzeptanz auf beiden Seiten zu erhöhen.